

Ehemaliger Generalsekretär von Pro NRW kandidiert für Linkspartei



Der ehemalige Generalsekretär der Bürgerbewegung Pro NRW, Tony-Xaver Fiedler, kandidiert bei der Kommunalwahl im thüringischen Arnstadt für die Linkspartei. Fiedler, der noch 2015 für die islamkritische Regionalpartei als Oberbürgermeisterkandidat in Essen angetreten war, engagiert sich nach einem Wohnortwechsel bereits seit einigen Jahren für die Linkspartei, für die er aber jetzt erstmals auch ein Mandat anstrebt.

Berührungsängste scheint man in der Linkspartei mit einem ehemaligen "Rechtsradikalen" nicht zu haben. Auch die örtlichen Medien berichten ausgesprochen sachlich über Fiedlers politisches Vorleben, das neben der Pro-Bewegung auch jugendliche Stationen bei den Republikanern und der DVU umfasst. Von Skandalisierung keine Spur. Stattdessen Normalität und das Akzeptieren von Veränderungen politischer Lebenswege und Überzeugungen – selbst in kurzer Zeit. Von Protesten anderer Altparteien gegen die Personalie Fiedler ist ebenfalls weit und breit nichts zu hören.

Ein gelassener Umgang mit Personalentscheidungen, der Parteien rechts der Mitte vom herrschenden politisch-medialen Kartell seit Jahren verwehrt wird. Im Gegenteil: Auf der rechten Seite des politischen Spektrums wird jeder Vorlauf in – zu Recht oder zu Unrecht – vom Verfassungsschutz beobachteten Parteien

von den Medien begierig für den angeblichen Beweis "rechtsradikaler Unterwanderung" oder die "Entlarvung" der eigentlichen Natur neuer rechtsdemokratischer Parteien ausgeschlachtet. So wird auch von Medien und Altparteien mit Argusaugen überwacht, welche Neumitglieder die AfD rekrutiert, ja selbst wer mit wem mal ein Bierchen getrunken hat oder sogar nur virtuell über Facebook und Co. bekannt ist. Quod licet iovi non licet bovi – was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen halt noch lange nicht erlaubt.

Apropos Überwachung: Auch von Seiten des politisch weisungsgebundenen Inlandsgeheimdienstes namens "Verfassungsschutz" wurde noch nie vernommen, dass ehemalige "Rechtsradikale", die in den Schoß der Altparteien zurückgekehren, auf eine "Verfassungsfeindlichkeit" oder "Unterwanderung" eben jener Parteien hindeuten würden. Stattdessen wird es als das akzeptiert, was es im Regelfall ja auch ist: Eine normale Weiterentwicklung und Veränderung der politischen Einstellung von Menschen.

Wobei es sich übrigens keineswegs um Einzelfälle handelt: So wechselten zahlreiche ehemalige NPD-Mitglieder in den 70er-Jahren zu CDU/CSU und noch mehr ehemalige Republikaner in den 90er-Jahren zur Union oder den Freien Wählern. Ganz zu schweigen von den abertausenden ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, die es vor allem bei Union und FDP, aber auch bei Grünen und SPD nach dem 2. Weltkrieg bis in höchste Partei- und Staatsämter schafften.

Nur im Kampf gegen die rechtsdemokratische Opposition wird mit Genuss die politische Kontakt- und Erbschuld bis zum Exzess zelebriert. Ein rein machtpolitisch motivierter Mechanismus zur Schwächung des politischen Gegners, der als solcher erkannt und auf den dementsprechend reagiert werden sollte.